

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bekanntungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 16. August. Se. Majestät der König haben Allerhöchst
geruht: Den Wirklichen Geheimen Ober-Justizrat und Vicepräsidenten
des Ober-Tribunals Grimm zum Mitgliede des Gerichtshofes zur Ent-
scheidung der Kompetenz-Konflikte; und den Regierungsassessor Dr. Gal-
lenkamp zum Hauptbankdirektor und Mitgliede des Hauptbank-Direktori-
ums zu ernennen.

Die Einverleibungsfrage

kommt vermutlich schon in den nächsten Tagen vor den Landtag. Wenn die Andeutungen der offiziösen Presse über die Absichten des Grafen Bis-
mark zutreffend sind, so werden diese vom Besitz des ganzen preußischen
Volks getragen werden. Das Rechtsbewusstsein des Volkes findet sich
dadurch nicht im mindesten beruhigt, daß ein deutsches Volk, dessen
Regierung gesündigt und sich zu regieren unsfähig gezeigt hat, einer anderen
deutschen Regierung unterstellt werde, welche eine kräftige Entwicklung
des Volkslebens sichert und den berechtigten Eigenthümlichkeiten keine Ge-
walt anzuthun verspricht. Es wäre eine wahrhaft blöde Empfindseligkeit,
wenn unsere Regierung jetzt zu den Bevölkerungen von Hannover, Kur-
hessen u. s. w. sagte, wir haben Euch zwar von einer Regierung verholfen,
die Euch lästig war, Euch auszog und Eure Freiheit und Gewerthätigkeit
unterdrückte, aber mehr können wir für Euch nicht thun; denn unser
Gewissen verbietet uns, die Stelle Eurer früheren Regierung einzunehmen.
Die Welt könnte uns für Eroberer ansehen, uns der Machtpolitik anklagen.

Unter allen namhaften preußischen Blättern gibt es nur ein einziges, das, so wie es früher gegen den Krieg eiserte, jetzt gegen die Annexion
läufig mit neuen Waffen kämpft — die „Volkszeitung.“ Die An-
nexions ist ihr der Uebel grösstes, es ist die rohe Gewalt gegen eine un-
schuldige Bevölkerung, die Besiegung der preußischen Siege. Wird die-
sem Blatte entgegengehalten, daß die Bevölkerungen, welche Preußen an-
nektiren will, durch ihre hervorragendsten Männer, durch Vereine und
Presseorgane selbst den Wunsch aussprechen, mit Preußen auf's Engste
verbunden zu sein, so leugnet es rundweg diese offene Thatsache und
schmäht die Vereine wie die Urheber und Verbreiter der Adressen als An-
gehörige niedriger Kliquen, die bei jeder großen Veränderung nichts Anderes
im Sinne haben, als die Ersten zu sein, die sich an den neugedachten
Tisch setzen. Mit diesen und ähnlichen erlogenen Argumenten werden täglich
die vielen Tausende seiner Leser abgespeist.

Vielleicht übersehen die armen Leute „aus dem Volke“ das wahre
Motiv dieser feurigen Polemik, das nur hin und wieder durchblickt. Des
Pubels Herr ist der. Die „Volkszeitung“ will kein mächtiges Preußen,
ein noch mächtigeres Preußen ist ihr gleichbedeutend mit der Verküzung
der deutschen Reaktion, mit der Erlödtung alles wissenschaftlichen und
konstitutionellen Lebens in Deutschland. In den Kleinstaaten konservirt
sich nach ihr die Wissenschaft, die Kunst, der sociale und politische Fort-
schritt. Preußens gewaltiger Besen wird alle diese schönen Dinge aus-
lehren. Preußen muss daher unter Bundesstaaten ein Glied bleiben, das
nach der Weise des Parlaments tanzt, wie die anderen, das reine Major-
itätsgeschöpf bleibt, niemals die Macht erhält, seinen eignen Willen durch-
zusetzen. Daher dieses unbedingte Besiehen auf der Reichsverfassung,
der Reichsverfassung, die auch Deutschösterreich den Eintritt offen hält.

Hier fehlt nicht viel, daß die Volkszeitung mit Herrn von Kleist-
Megow zusammenkommt. Die deutschen Stämme sollen nicht vergewaltigt,
die sieben Millionen Deutschösterreicher nicht aufgegeben werden.
Nun, was die Deutschen in Österreich betrifft, so wird ihr Deutschtum
am sichersten gehauht bleiben durch ein festgeschlossenes mächtiges Deutsch-
land, an welches sie sich anlehnen können, wenn das Kaiserthum nicht in
der Lage wäre, sie zu schützen. Wenn aber für die deutschen Kleinstaaten
die Annexion, welche im Grunde nur ein Regierungswechsel ist, von der
„Volkszeitung“ schlechthin als eine Vergewaltigung bezeichnet wird, so
verwechselt sie die Begriffe auf eine bedauerliche Weise und trägt eine Ver-
wirrung in ihr gläubiges Publikum hinein, die sie schwer zu verantworten
haben wird. Die einfache Thatsache ist, daß deutsche Länder, die bisher
im Bunde mit uns gelebt haben, nachdem ihre Landesherren flüchtig ge-
worden sind, von Preußen unter Belassung ihrer eigenen Institutionen
regiert werden sollen. Ist dies eine Vergewaltigung, so ist es der Erban-
fall eines Landes an einen neuen Fürsten nicht minder.

Die Annexion ist nur eine Gewaltthat, die aber unter Umständen
durchs Kriegsrecht sanktionirt wird, wenn Ungleichartiges gewaltsam zusam-
mengeschweift wird, hier aber, wo Deutsche zu Deutschen kommen,
deten höchstes Ziel die nationale Einheit ist, wo nicht wahre und klare
politische Erkenntniß, sondern nur niedriger Eigennutz die Stämme in der
Trennung gehalten hat, wo die Besten im Volke die engste Verbindung
mit dem Zukunftstaate Preußen seit Jahrzehnten ersehnt haben, hier
hat sich die „Volkszeitung“ einem sehr traurigen Geschäft ergeben, wenn
sie einer möglichst lockeren Gemeinschaft das Wort redet.

Hören wir dagegen, was die „Posse“ Zeitung zu den Annexionen sagt. Sie beginnt mit der Frage:

Was verlangen die gegebenen Verhältnisse? Was muß die preußische
Regierung thun, um die Pflicht gegen den Monarchen und die Nation, gegen
das Heer, ja gegen sich selbst zu erfüllen und was muß sie vollführen, um dem
Lande die Früchte der Siege zu sichern und es nicht in neue, vielleicht gröbere
Gefahren zu bringen?

Vor Allem muss sie die Territorialverhältnisse in rascherster Weise regeln. Je länger sie zaudert, je länger sie sich berathet über die Form der Besitznahme der eroberten Lände, um
dieser freieren Spielraum gewährt sie den Feinden Preußen und Deutsch-
lands an der Donau, am Main, an der Seine, um desto mehr Zeit
gewinnen diese, sich zu einer fest geschlossenen Balanz zu konsolidiren, wäh-
rend sie jetzt zerstreut und machtlos dastehen und nur die eine Hoffnung be-
gen, sich um den Kaiser Napoleon III. zu scharen. Gegenüber den Zu-
sammensetzungen, welche von Paris gestellt werden, giebt es nur eine Politik: die
raschste Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt u. s. w.
und eine entschiedene Zurückweisung bei allem Anerkennen der fremden
Gesinnung, welche der Kaiser bisher an den Tag gelegt hat. Ihm ist es
wohl auch weit mehr zu thun, daß Nord- und Süddeutschland sich nicht zu
sehr eng verbinde, daß sein Einfluß auf gewisse deutsche Höfe nicht ganz ver-
schwinde, daß die Mainlinie eingehalten werde, als daß er daran dachte, ein

Inserrate
1½ Sgr. für die fünfgepal-
tete Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an
genommen.

Auch darf die Hoffnung auf eine Selbstentwicklung des deutschen
Südens sicher als kaum durch irgend eine Erscheinung begründet ange-
sehen werden. Der Verzicht Österreichs auf noch einen Versuch des Kriegs-
glücks vor Wien erklärt sich in der Hauptsache wohl dahin, daß tatsächlich
das preußische Heer durch die trefflichen Nachschubanstalten ungefähr
in der gleichen Stärke vor der feindlichen Hauptstadt eingetroffen ist, mit
welcher es den böhmischen Boden betreten hatte. Nach dem Überblick,
welchen die zeitige Vertheilung der Streitkräfte gewahrt, sind der preußischen
Armee nämlich von dem Einmarsch in Böhmen nicht weniger als das ganze
X. Korps oder 24 Bataillone, ebensoviel Schwadronen und 10 Batterien,
wie einige 60 vierte Bataillone und außerdem zwischen 20 bis 26
Landwehrbataillone des 1. Aufgebots zu den rückwärtigen Besatzungszwe-
cken nachgesendet worden, und es begreift sich aus diesen riesenhaften Ver-
stärkungsmaßregeln, daß Österreich auch von einer Erneuerung des Wäge-
spiels der Schlachten schwerlich eine irgend gegründete Hoffnung des glück-
lichen Gelingens hegen dürfte.*)

— Berlin, 14. August. [Zu den Friedensunterhandlungen; Einverleibungsadressen; keine Truppensendungen zum Rhein; Erste Berichte.] Die Verzögerung des Abschlusses der Friedensverhandlungen in Prag ist durchaus nicht aus politischen Motiven hervorgegangen. Wir haben ja schon neulich melden können, daß alle wesentlichen Punkte abgemacht sind und jetzt nur noch über Nebenfragen verhandelt wird, und so steht es noch heute. Aber unter diesen Nebenfragen sind einige von mehr technischer Natur und war es zur Lösung derselben nothwendig, Beante aus verschiedenen Ministerien herbeizuziehen, welche diese Fachfragen im Speciellen auszuarbeiten haben. Das erklärt nun den Aufschub, der in den letzten Tagen eingetreten ist und es bewirkt hat, daß der Beschluß nicht so schnell erfolgt ist, als man gehofft. Um das Schwierige dieser Fragen zu zeigen, wollen wir nur eine derselben herausheben, die gleich eine ziemlich komplizierte ist, nämlich die vom Anteil Österreichs an dem Brandeseigenthum. Daß solche Fragen nicht so schnell gelöst werden können, liegt auf der Hand.

Aus Schelleren, Alstedt und Garnsen in dem hannoverschen Amte Marienburg bei Hildesheim sind 2 Adressen um Einverleibung hier eingetroffen, ebenso sind von den Notabeln des Oberamtes Weissenheim in Hessen-Darmstadt 8 Adressen mit der gleichen Bitte hergelangt; ebenso wird, was die „Nat. Z.“ gestern in einem Brief aus Nürnberg über die dort auftauchenden Symptome einer Hinneigung zum Anschluß an Preußen berichtete, auch von anderer Seite bestätigt und treffen auch aus dor-
tiger Gegend solche Adressen ein. Ferner ist das richtig, was die „Nat. Z.“ über die Friedensverhandlungen mit Baden, Württemberg und Bayern sagt, von denen die ersten beiden raschen Fortgang nehmen, letztere aber senuillstandes, die Feindseligkeiten wieder beginnen. — Verschiedene Blätter sprechen, offenbar in der Absicht, um zu beunruhigen, von Trup-
pensendungen nach dem Rhein; wir können diese Nachricht entschieden für unwahr erklären, es ist kein Mann hingefandt und die Entlassenen sind zurückgekehrt.

Es sind jetzt schon aus allen Theilen des Landes Berichte über die diesjährige Ernte eingelaufen, aus welchen hervorgeht, wenigstens im Ganzen und Großen, daß sie eine gute Mittel-Ernte ergiebt. Die umfassendsten Berichte liegen aus Westphalen vor, nämlich von mehr als 50 zuverlässigen Landwirthen. Nach den allgemeinen Berichten des Landes geht der Körner-Ertrag beim Roggen über eine Mittel-Ernte hinaus; das Stroh hat außerordentlich reich gelohnt und wird um c. 20 bis 40% eine 10 jährige Durchschnittsernte übersteigen. Weizen giebt, obgleich er vielfach durch Nässe, Kälte und dergl. gelitten, eine gute Mittelernte. Was die Gerste betrifft, so ist die Sommergerste meistenteils sehr gut gerathen, an einigen Stellen allerdings hat sie durch die Frühjahrsdürre gelitten. Hafer giebt eine vorzügliche Ernte, Raps einen, den durchschnittlichen übersteigenden Ertrag. Kartoffeln stehen üppig, haben aber schwach geblüht. Runkelrüben stehen im Durchschnitt recht gut und versprechen mehr, als eine Durchschnittsernte. Vom Heu giebt das Wiesengeheu eine gute Ernte, Klee aber nur einen geringeren Ertrag und verspricht der zweite Schnitt noch weniger.

— Berlin, 14. Aug. So viel man hört, handelt es sich darum, einen Theil des ölkupirten bayrischen Gebietes mit Preußen, einen anderen mit Coburg-Gotha zu vereinigen. In Bezug auf die Vereinbarungen mit Sachsen wird man als hauptsächlichen Gesichtspunkt, die Festigung Dresdens mit preußischer Besatzung, in das Auge fassen. Über Hannover soll beschlossen sein, daß ehemalige Königreich in zwei Provinzen (Hannover und Denabruk) getheilt der preußischen Monarchie einzuerleben. Man hält es ferner für wahrscheinlich, daß die unausgesetzten Bemühungen Russlands zu Gunsten Württemberg's und Hessen-Darmstadt's nicht ohne Einfluß auf eine mildere Behandlung dieser Staaten sein würden.

In Bezug auf die Beziehungen zu Frankreich erfährt man heute von unterschiedlichster Seite Folgendes. Es ist, wenn auch nicht offiziell von Frankreich das Ansinnen und gegeben worden, Preußen möge sich zu Gebietsabtretungen verstehen, doch hat Graf Bismarck sofort dem französischen Botschafter Benedetti geantwortet, daß solche Ansprüche überhaupt nicht Gegenstand der Erörterungen sein könnten. Mit dieser Antwort ist Herr Benedetti abgereist. Unter dem Vorzeig des Königs hätte darauf, so wird erzählt, eine Berathung militärischer Autoritäten stattgefunden, im Verlauf deren Gen. v. Moltke den Nachweis geführt habe, daß Preußen Frankreich, angehängt der Engagements französischer Truppen in Rom, Algier, Mexiko &c. numerisch überlegen sei, daß Frankreich nur 400,000 Mann aufstellen könne. Graf Bismarck soll dem Tuillerien-Kabinett eine Denkschrift übermittelt haben; genug das letztere hat seine Forderungen fallen lassen!!

— Berlin, 15. August. In allen Kreisen des Abgeordneten-
hauses spricht sich der Wunsch aus, daß in Bezug auf die Adresse eine
Vereinbarung erzielt werde, welche nicht von Zufälligkeiten abhängig sein
möchte, wie sie bei der Präsidentenwahl hervorgetreten sind. Die Frak-

* Die drei ersten Korresp. sind uns gestern verspätet zugegangen. D. R.

tion des linken Centrums war deshalb gestern Abend zusammen getreten um ihrerseits den ersten Schritt dazu zu thun. Es wurde bekannt, daß der Präsident v. Forckenbeck, nach der Geschäftsortordnung der Präsident der Adresskommission, den Abg. Dr. Birchow zum Referenten bestellt habe. Derselbe beabsichtigt, mit Zugrundelegung des Waldeckschen Antrags einen selbstständigen Entwurf vorzulegen und diesem wird die Fortschrittspartei und das linke Centrum beitreten. Als wünschenswerth ist nur bezeichnet worden, daß ein Amendment über die deutsche Frage und ein Protest gegen jede Entschädigung Frankreichs angenommen werden möchte. Die Arbeiten der Kommission werden, wie man hofft, in zwei oder drei Sitzungen abgewickelt sein, es ist projektiert, die Plenardebatte am Dienstag, den 21. d. M., beginnen zu lassen. Aus der polnischen Fraktion erfährt man, daß die Nachricht über Spaltungen in derselben, beachtliches Zusammengehen eines Theils der Fraktion mit den Konservativen, völlig unwahr sind. In Bezug auf die Adresse will die Fraktion ein Amendment einbringen, welches ihre Billigung der Anerkennung des Nationalitätsprincips Seitens der preußischen Regierung ausspricht und daran die Erwartung knüpfen will, daß diese Politik auch den Polen zu Gute komme. Sollte dies Amendment verworfen werden, so würde die polnische Fraktion gegen jede Adresse stimmen, ein Umstand, der allerdings das Zustandekommen einer Adresse gefährden könnte, wenn nicht die Altliberalen und die Katholiken — wozu übrigens Neigung vorhanden ist — sich den großen liberalen Fraktionen anschließen. — Am Freitag beginnen die Berathungen der Kommissionen für Handel und Finanzen über die Bankreform-Vorlage. — Es ist bemerkt worden, daß die Vorsitzenden der Kommission zur Berathung des Reichswahlgesetzes, Simson und Löwe, ihrer Zeit Vorsitzende des Frankfurter Parlaments bezüglich des Erfurter Volkshauses waren.

— Gerüchtweise verlautete heute, daß der Kaiser Napoleon ein eigenhändiges Schreiben an den König gerichtet habe, in welchem er die Hoffnung ausspricht, daß auch unter den veränderten politischen Verhältnissen das bisherige gute Einvernehmen zwischen Preußen und Frankreich bestehen bleibe, wozu die erfolgte Konsolidation Preußens nur beitragen könne. Wir geben dies Gerücht wieder, ohne dessen Vertretung zu übernehmen. (B. B. Z.)

— Ueber die Stellung des Kaisers Napoleon zu den wichtigen Entwickelungen in Deutschland sagt die „Prov.-Korresp.“ u. A.:

In dem Meinungsaustausch über die politische Neugestaltung Deutschlands hat sich stets und bis zur Stunde gezeigt, daß es der Regierung des Kaisers Napoleon, so sehr sie über den berechtigten Interessen Frankreichs wacht, doch fern liegt, aus dem gegenwärtigen Verhältnissen einen Anlaß zu Schritten zu entnehmen, welche die freundlichsten Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen irgendwie stören könnten, daß der Kaiser vielmehr in voller Übereinstimmung mit den bisherigen Grundsätzen seiner Politik entschlossen ist, Deutschland in der Entwicklung wahrhaft nationaler Einrichtungen ungehindert gewähren zu lassen.

Wenn entgegengesetzte Auffassungen auf Grund mißverstandener An deutungen über die Absichten des Kaisers Verbreitung gefunden haben, so scheint dies vorzugsweise von dem Einfluß der Parteien in Frankreich herzurühren, welche in Opposition gegen die kaiserliche Regierung die französische Politik in bedenkliche Bahnen zu drängen suchen.

— Wir haben, schreibt die „N. Pr. Z.“, gestern erwähnt, daß der königl. württembergische Minister v. Barnbüler und Legationsrat v. Spizemberg am Morgen nach Stuttgart zurückgereist seien und daß der Friedensvertrag mit Württemberg vorgestern abgeschlossen sei. Diese Mittheilung können wir heute bestätigen. Wir hören, daß Württemberg sich verpflichtet hat, an Preußen 8 Millionen Gulden zu zahlen, wovon sind. Auch das Großherzogthum Hessen-Darmstadt hat übernommen, eine Kontribution von 7 Mill. Gulden zu zahlen.

— Die Schwierigkeiten mit Bayern, welche den Friedensabschluß in Frage stellen könnten, sollen theils durch die Frage gewisser Gebietsabtretungen Behufs des preußischen Austausches mit Darmstadt, theils durch die Angelegenheit der Kriegskosten entstanden sein. Man vermutet, daß partikularistische Einfüsse auf Bayern einwirken. Daß Frankreich Bayern zum Widerstande anrege, wird dagegen in französischen Kreisen bestritten.

— Mit Bestimmtheit verlautet, daß die die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt betreffenden Vorlagen an die Kammern unmittelbar bevorstehen. Was Schleswig-Holstein betrifft, so wird der definitive Friedensschluß mit Westfalen, das bekanntlich seine Ansprüche abzutreten haben wird, erwartet. Die Verhältnisse Oberhessens können nur durch den Friedensschluß mit Darmstadt geregelt werden, welcher wieder mit dem Friedensschluß mit Bayern infolfern zusammenhängt, als das letztere zu einer Gebietsentschädigung an Darmstadt veranlaßt werden soll.

— Die Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Westfalen dürfen, sagt die „Prov.-Korr.“, bald zu einem erwünschten Abschluß führen; dieselben haben nur durch unumgängliche Auseinandersetzungen nebensächlicher Art eine kurze Verzögerung erfahren.

Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten werden in Berlin vom Ministerpräsidenten Grafen Bismarck persönlich geführt.

Mit Württemberg ist bereits ein Friedensvertrag zu Stande gekommen, ein Gleicher dürfte Baden gegenüber bald erfolgen.

Mit Darmstadt schwelen die Verhandlungen noch.

Der Vertreter Bayerns glaubte nach den ersten Besprechungen erst ferne Erwägungen Seitens seiner Regierung einholen zu müssen; seitdem haben die Verhandlungen keinen weiteren Fortgang erhalten, während der mit Bayern abgeschlossene Waffenstillstand in acht Tagen zu Ende geht.

— Ueber die Ernennung des Hrn. v. Patow zum Civilkommis sarius in den von den preußischen Armeen okkupirten Landesteilen am Main sagt die „Z. C.“:

Wie wir glaubwürdig vernnehmen, hat Hr. v. Patow den Auftrag erhalten, die Administration in der Stadt Frankfurt a. M. so wie überhaupt in dem Territorium der Main-Armee zu übernehmen. Hr. v. Patow ist durch verwandtschaftliche Bande mit angesehenen Frankfurter Familien verknüpft, während seine milde Gestaltung, verbunden mit seinem administrativen Talent, den neuen Grundlagen, nach denen die Verwaltung dort zu regenerieren ist, um so leichteren Eingang verschaffen wird. Es stellt sich jetzt heraus, daß die bürgerlichen Kreise Frankfurts ihrer großen Mehrzahl nach des Regimes überdrüssig sind, welches bisher von den Vertretern ganz spezieller Interessen in jener Stadt ausgeübt wurde und jeden selbstständigen Aufschwung des bürgerlichen Unternehmungsgeistes lähmte, jede Fernsicht abschnitt, jedes Streben nach Verbesserung hintertrieb. Es giebt innerhalb dieses Zustandes nichts weiter als ein Eliquewen, das sich falschlich mit liberalen Phrasen auszuschmücken sucht. Eine respektable Klasse der Frankfurter Einwohnerschaft begrüßt daher die in Aussicht gestellten preußischen Reformen in freudiger Weise. Der Name des Hrn. v. Patow wird eine Bürgschaft für die bessere Bewirthaltung Frankfurter Interessen sein. Hr. v. Patow wird in den nächsten Tagen nach seinem Bestimmungsorte abgehen.

— Die Frankfurter Deputation, bestehend aus den Herren Senator Dr. Müller, Senator von Oyen, Schmidt-Holzmann und Schafff-Vieher wird, wie wir hören, heute nochmals hierher kommen, um dem Grafen Bismarck über die Angelegenheiten Frankfurts Vorstellungen zu machen.

— Einen Bericht über das Abgeordnetenhaus schließt die „Prov.-Korr.“ mit folgenden Sätzen:

Im Abgeordnetenhaus walzt die Absicht ob, ebenso wie es im Herrenhaus bereits geschehen ist, in Erwiderung der Thronrede eine Adresse an den König zu richten. Jede der Parteien hat einen eigenen Entwurf dazu vor gelegt.

In allen diesen Entwürfen, so abweichend sie im Einzelnen sein mögen, weht ein Geist freudiger und begeisteter Anerkennung der großen Thaten unseres Heeres und unserer Regierung, sowie die Bereitwilligkeit zur patriotischen Mitwirkung für Preußens große nationale Aufgaben. Auch in dem Entwurf der äußersten Fortschrittspartei ist kein Wiederhall der Bitterkeit und Schärfe, welche in früheren Kundgebungen des Abgeordnetenhauses geherrscht hatte.

Auch die liberalen Zeitungen sprechen fast durchweg die Erwartung aus, daß das neue Haus die alten Streitigkeiten hinter sich werfen werde, um den neuen Aufgaben, welche Preußen jetzt gestellt sind, mit gesammelten Kräften gewachsen zu sein.

„Es ist ein großer Moment, — ruft eines der bedeutendsten liberalen Blätter aus, — es wäre schlimm, sollte derselbe ein kleines Geschlecht finden.“

— Daß unsere Regierung, schreibt die „Börs. Z.“, auch die Eventualität eines Winterfeldzuges nicht aus den Augen verliert, scheint daraus hervorzugehen, daß von ihr 200,000 Soldatenmantel und eben so viele Handschuhe bestellt worden sind.

— Das Gardekorps beabsichtigt mit Allerhöchster Genehmigung, seinen in dem jüngsten Kriege gefallenen Kameraden ein großes Denkmal auf einem der hiesigen Plätze zu errichten. — Die Feier eines eigenen Friedensfestes steht nach völlig abgeschlossenem Frieden für das ganze Land bevor. Die Feier ist eine kirchliche und wird sich den nach früheren Friedensschlüssen begangenen sicher würdig anreihen.

— Der Polizei-Direktor Stieber, welcher während des Krieges in Böhmen Chef der Feldpolizei war, ist gleich nach seiner Rückkehr vom Kriegsschauplatz in Berufsgeschäften nach Frankfurt am Main gereist.

— Der Erfinder des Bündnadelgewehres, Herr von Dreysse in Sangerhausen, gedenkt Sr. Maj. dem Könige in nächster Zeit ein Geschenk zur Disposition zu stellen, das bei der Artillerie derselben Erfolg in Aussicht stellt, welche das Bündnadelgewehr bei der Infanterie erreicht hat. Auch konstruiert derselbe jetzt ein Bündnadelgewehr ganz von Eisen, das aber 3 Pfund leichter als das jetzige sein soll. (N. P. Z.)

— Das Konsistorium der Provinz Brandenburg hat angeordnet, daß die Taufzeugen (Pathen) nicht eher in das Kirchenbuch eingetragen werden sollen, als bis der Prediger sich überzeugt hat, daß sie christlicher Religion, konfirmirt und bei der Taufe gegenwärtig sind. Abwesende müssen schriftlich die Verpflichtung der Taufzeugen übernehmen. Bei den Taufen sollen alle diejenigen, die nicht Zeugen sind, aus der unmittelbaren Nähe des Tauflings entfernt werden, damit der Prediger die Uebersicht über die Zeugen behält. (N. P. Z.)

Koblenz, 13. August. Der Polizei-Inspектор Brochhaus von hier ist in Folge Verfügung des Ministeriums nach Frankfurt a. M. berufen worden, um in Gemeinschaft mit dem dortigen Civil-Kommissar Landrat v. Madai eine Reorganisation der Polizei vorzunehmen.

Siegmaringen, 8. August. Die königl. preußische Regierung erläutert unter heutigem folgende Bekanntmachung: „Nachdem die feindliche Okkupation der hohenzollerschen Lande aufgehört hat, ist die lgl. Regierung wieder in Thätigkeit getreten.“

Bayern. München, 11. August. Das Hauptquartier der bayrischen Armee befindet sich gegenwärtig zu Ansbach. Von den Bundestruppen des 8. Armeekorps sind bekanntlich die Badener (einige Verwundete von diesen befinden sich noch hier) zuerst in ihre Heimat zurückgekehrt; dasselbe haben nun auch die Württemberger gemacht, die jetzt ostwärts in ihrem eigenen Lande dienen. — So wird die hessische Division von Nördlingen, wo sich ihr Hauptquartier befand und der Großherzog noch einmal Musterung über sie hielt, auf der Eisenbahn über Mannheim und Ludwigshafen nach Rheinhessen abgehen, um in und um Worms Quartiere zu beziehen. Die österreichische Brigade Hahn ist auf dem Rückwege nach Oberösterreich schon vor einigen Tagen durch München gekommen. Es bleiben sonach vom ganzen 8. Bundesarmee-Korps nur noch die Nassauer zurück, welche noch nicht in ihr Land zurückkehren können, da dasselbe von den Preußen besetzt ist. Sie werden einstweilen in Kantonirungen zwischen Ulm und Günzburg vertheilt werden.

München, 14. August, Abends. Das Verbot der Ausfuhr von Proviantvorräthen nach Preußen und nach den von Preußen okkupirten Ländern ist aufgehoben. Ministerialrat Lobowitz und Oberstleutnant Weiß sind nach Berlin gereist.

— Wie der „N. Pr. Z.“ durch Reisende aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, wird Sr. Majestät der Kaiser von Russland diesen Sommer nicht nach Warschau kommen, da die Prinzessin Dagmar von Dänemark in Petersburg erwartet wird. Au die Reise des Kaisers nach Warschau waren seit einigen Wochen die verschiedensten Konjekturen geknüpft worden, unter andern auch die einer Zusammenkunft mit Sr. Majestät dem Könige von Preußen in dem kaiserlichen Jagdschloß Siernewice an der Warschau-Wiener Eisenbahn. Wahrscheinlich wird sich Sr. Kaiserliche Hoheit der Großfürst von Russland von Petersburg nach Warschau begeben, um den Manövern der dort versammelten Truppen beizuwohnen.

Aus der Pfalz, 8. Aug. Zwischen Bayern und Baden besteht eine Uebereinkunft, welche den Marodierbairischen Truppen aus dem jenseitigen Bayern nach der Pfalz und umgekehrt durch Baden regelt. In dem am 3. d. Mts. geschlossenen Waffenstillstandsvertrag mit Preußen, §. 8, hat Baden jedoch stipuliert: „Die großh. badische Regierung wird in demjenigen Theile des großherzoglichen Gebiets, welcher von großherzl. Truppen besetzt ist, keinen fremden Truppen den Durchmarsch durch ihr Gebiet oder eine Stellung in demselben zu nehmen gestatten. Das Gleiche gilt hinsichtlich des neutralen Gebiets.“ Ausgenommen von dieser Bestimmung sind die etwa noch in den Festungen Rastatt und Mainz befindlichen k. k. österreichischen und k. württembergischen Truppen, denen der freie Abzug in die Heimath von beiden Theilen gestattet wird.“ Dieser Bestimmung gemäß wurden denn auch bairische Soldaten, welche aus der Pfalz über Bruchsal sich zu ihren Regimentern begeben wollten, von den bairischen Behörden zurückgewiesen. — Gestern Abend rückte wiederholte preußischer Offizier mit 10 Mann in Obermoschel ein und kündigte für den andern Tag weitere 127 Mann Einquartirung an. Nach der Erklärung dieses Offiziers sollen sämmtliche bairische Grenzorte in der Umgegend von Meisenheim, Odernheim, Dachroth, Oberhausen, Lettweiler, Schmittweiler, Callbach, Reiffelbach und Lauterecken von den in Meisenheim liegenden 800 Mann Landwehrtruppen besetzt werden. — Die einzige Telegraphenverbindung zwischen der Pfalz und dem jenseitigen Bayern geht seit der Besetzung Aschaffenburgs durch die Preußen über Mannheim. Nun hat sich ein preußischer Telegraphenbeamter auf dem dasigen Bureau instaliert, um alle durchlaufenden Depeschen zu kontrolliren. (Pfälz. Z.)

Hannover, Einbeck, 13. Heute Nachmittag ist auch in unserer Stadt eine preußische Besatzung eingerückt. Dieselbe besteht aus dem 4. Bataillon des 68. Regiments, etwa 800 Mann.

Sachsen. Leipzig, 13. August. Die im Verlag von Georg Reimer in Berlin erschienene Broschüre „Die norddeutschen Mittelstaaten von Heinrich v. Treitschke“ ist auf Veranlassung der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt und zur strafrechtlichen Verfolgung gezogen worden, berichtet die „Leipz. Z.“

Zu Betreff der Nachricht, daß das Verbot wieder aufgehoben werden sei, kann die „D. A. Z.“ aus sicherster Quelle mittheilen, daß Herr v. Wurmb allerdings eine die Aufhebung der Beschlagnahme nicht nur der obigen Schrift, sondern auch des Augeschen „Wandschafft“ an die deutsche Nation“ beantragende Zuschrift an das hiesige Polizeiamt gerichtet, daß aber letzteres, im Einverständniß mit der königlichen Staatsanwaltschaft, zur Zeit dieser Anforderung nicht entsprochen hat, vielmehr dagegen vorstellig geworden ist, und zwar unter Bezugnahme auf eine Anzahl Artikel des Strafgesetzbuchs, deren klarer Wortlaut in den beiden Schriften verlegt sei.

Leipzig, 14. August. Gestern trafen zwei Batterien Artillerie von Stralsund und Koblenz hier ein; sie ziehen, ebenso wie die gestern eingetroffenen Husaren (Landwehr), von denen heute und morgen noch drei weitere Schwadronen erwartet werden, nach Bayern zum 2. Reservekorps. Für letzteres passirte vergangene Nacht auch ein leichtes Feldlazareth von Berlin hier durch.

Württemberg. Stuttgart, 13. August. (St. A. f. W.) In 26 Extrazügen werden im Laufe dieser Woche die noch bei dem 8. Armeekorps gewesenen Großh. hessischen Truppen hier durchkommen, um in ihre Heimat befördert zu werden. Sie sind 12,000 Mann und 2700 Pferde stark. Gestern traf der seitherige Kommandant des 8. deutschen Armeekorps, Prinz Alexander von Hessen, mit seinem Stabe und Gefolge, sowie mit verschiedenen Offizieren des Hauptquartiers hier ein. Auch der Prinz Wilhelm von Württemberg ist gestern wieder hier eingetroffen.

Baden. Karlsruhe, 13. August. Die preußische Regierung hat vor einigen Tagen ihren hiesigen Zollvereins-Bevollmächtigten, Oberregierungsrath Daniel, seine amtliche Thätigkeit einzustellen lassen, und ebenso die bisher in Baden stationirt gewesenen preußischen Zollvereins-Kontrolleure zurückberufen. Die in Preußen fungirenden badischen Zollvereins-Bevollmächtigten haben von hier aus noch keine Anweisung zur Einstellung ihrer Thätigkeit erhalten. (Karlsr. Z.)

Frankfurt a. M., 14. August. Die Centralcommission für die Rheinisch-ffschaft, deren ordentliche Session in den Monaten August und September stattfindet, wird sich in diesem Jahre um die übliche Zeit nicht versammeln. Wie man dem „Fr. Journ.“ schreibt, ist der Zusammentritt der Kommission, auf Antrag Preußens, bis auf Weiteres vertagt, und darf nicht vor Abschluß des Friedens statthaben, welcher in den seitherigen Territorialverhältnissen der 5 deutschen Ufer-Staaten mehr oder minder umfangreiche Veränderungen herbeiführen wird.

Hamburg. 14. August. Der zwischen hier und Havre fahrende Steamer „Havre“ ist untergangen, die Mannschaft ist gerettet. Die hiesige Assuranzbörse wird davon nicht unweentlich betroffen.

(B. B. Z.)

Hessen. Darmstadt, 13. August. Das „Mainzer Abendblatt“ schreibt: Die Verlustliste für die grossherzoglich hessische Division für die am 13. und 14. Juli bei Lauterburg und Aschaffenburg verwundeten und gefallenen Offiziere und Soldaten ist vollendet. Es sind gefallen 7 Offiziere, 12 Unteroffiziere, 60 Soldaten. Verwundet 26 Offiziere, 37 Unteroffiziere, 337 Soldaten; außerdem werden 371 vermisst, die teilweise gefangen, teilweise verprengt wurden, im Ganzen also 850 Mann.

— Die „Badische Landeszeitung“ berichtet, daß sich am 8. hessischen Abendordnete in Darmstadt versammelt haben, um sich über die neueste politische Lage zu besprechen; auch badische seien anwesend gewesen, jedoch in kleinerer Anzahl, weil die Einladung zu spät erfolgt wäre. Die Hessen erklärt, man wolle keinen Sonderbund, sondern unbedingten Anschluß an den deutschen Bundesstaat unter Führung Preußens. Die badischen Abgeordneten waren einstimmig mit der Erklärung einverstanden, glaubten sich aber wegen ihrer zu geringen Zahl und weil sie eine ähnliche Erklärung in der Form einer Adresse an den Großherzog bereits abgegeben, nicht an der Unterschrift beteiligen zu müssen. In einem sehr gehänschten Artikel gegen die Sonderbundsgesellschaften der Augsburger Allg. Z. erklärt die „Bad. Landesgt.“, daß sich sogar diese entstehende Feindschaft Preußens der Wahrnehmung nicht verschließen könne, welch’ ungeheure Umschwung in der öffentlichen Meinung zu Gunsten der norddeutschen Großmacht die letzten Wochen gebracht hätte. Ahnliche Resolutionen wie die in Darmstadt gefassten melden die Blätter aus allen Gegenden von Baden und Württemberg. Der „Schwäb. Merkur“ und die „Badische Landeszeitung“ widmen eine Reihe von Artikeln der Un trennbarkeit der Handelsinteressen von Nord- und Süddeutschland; sie erklären die Errichtung einer Zollschranke am Main für eine Unmöglichkeit und das eventuelle Aufhören des Zollvereins für den materiellen Ruin Süddeutschlands. „Preußen kann unmöglich,“ ruft die „Badische Landeszeitung“, „eine Schöpfung zerstören wollen, auf die es mit Recht so stolz ist.“

Mainz, 11. August. Der Belagerungszustand, dessen Aufhebung für heute beabsichtigt war, ist verlängert worden. Über die nächste Zukunft der Festung muß der in 10 Tagen (am 22. d. M.) zu Ende gehende Waffenstillstand bestimmtere Anzeichen bringen. Als faktisch kann gelten, daß Mitte der nächstfolgenden Woche bedeutende Veränderungen in dem hiesigen Truppenbestand, namentlich bezüglich der kurhessischen Armeedivision vorgenommen werden. — Über die gestern zur Aufstellung gelangte Brücke zu Worms hat wahrscheinlich schon heute der Einmarsch der hess.-darmstädtischen Truppen in Rheinhessen begonnen. Ihre Kantonements werden sich hauptsächlich in dem, durch die Linie Worms-Wörstadt und Ingelheim bezeichneten Strich der Provinz befinden. Erbprinz Ludwig wird den Truppen folgen. Hauptquartier wird wahrscheinlich Wörstadt, der Mittelpunkt der Provinz, werden. (Fr. J.)

Mainz, 13. August. Das Schicksal der Stadt Mainz beginnt nun nachgerade, die Einwohner höchst zu beunruhigen. Man hatte sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß nach dem Abmarsch der meiningen'schen, württembergischen und badischen Kontingente die Baiern und Kurhessen, die doch unmöglich die Festung auf die Dauer halten können, einer preußischen Besatzung Platz machen würden, und die vom „Mainzer Anzeiger“ gebrachten, dem „Pfälzer Boten“ und dem „Frankfurter Journal“ entnommenen Mittheilungen, daß der bairische Gouverneur seines dem Bunde geleisteten Eides glücklich entbunden worden und außerdem der kurhessische Festungskommandant erklärt habe, bis auf weitere Ordre nicht gegen Preußen kämpfen zu wollen, ließen eine rasche Entwicklung hoffen. Um so größer war die Besürzung, als der „Mainzer Anzeiger“ nunmehr wegen jener beiden mit Quellen-

Angabe gebrachten Mittheilungen vollständig unterdrückt und kriegsrechtlich gegen denselben eingeschritten worden. Das Gouvernement scheint nach wie vor an der Fiktion festhalten zu wollen, Mainz sei eine Bundesfestung, die es bis auf den letzten Mann zu vertheidigen habe — eine für die Mainzer höchst tröstliche Perspektive. — Im Schoße der Bürgerschaft machen sich inzwischen Versuche geltend, den direkten Anschluß Rheinhessens oder auch des Großherzogthums Hessens an Preußen anzustreben. Selbst eingefleischte Preußenjägerneinde bequemen sich, wenn auch ungern, zu dem Zugeständniß, daß schließlich nur unter preußischem Schutz ein einziges, mächtiges Deutschland denkbar sei.

Marburg, 12. August. Die seit drei Wochen hier in Garnison gelegene 5. Kompanie des 69. preußischen Infanterie-Regiments ist heute per Eisenbahn nach Hannover abgerückt. Statt ihrer wird heute noch ein Bataillon vom 30. Linien-Infanterie-Regiment erwartet, dessen Quartiermacher bereits eingetroffen sind, und welches vorläufig hier garnisonieren soll.

Neuß. Aus Gera vom 12. Aug. wird der „D. A. Z.“ geschrieben: geschrieben: „Endlich hat auch das Geschick das Fürstenthum Neuß d. L. erreicht. Der Staat der Fürstin Karoline von Greiz ist gestern, Sonnabend vom 11. August, von zwei Kompanien des 12. brandenburgischen Regiments (Landwehr) unter Kommando des Oberlieutenants Freywald besiegt worden. Die Selbstständigkeit dieses „Staats“ dürfte etwas fraglich werden. Das noch anwesende Militär (circa 60 Mann) gab seine Waffen ab. Das Einvernehmen der Einwohner mit dem preußischen Militär ist das beste.“

Schleswig-Holstein.

Pinneberg, 12. August. Die folgende seit dem 6. hier in Umlauf gesetzte Erklärung findet zahlreiche Unterschriften: Die unterzeichneten Bewohner der Herrschaft Pinneberg erklären: „Weil wir unsere Trennung von Dänemark hauptsächlich Preußen verdanken, weil Preußen das Werk nationaler Einigung erstrebt und weil die Wohlfahrt unseres Landes durch die Verbindung mit einem großen Staate nur gefördert werden kann, so ist es unser Wunsch, daß die Herzogthümer Schleswig-Holstein dem preußischen Staate einverleibt werden.“

Frankreich.

Paris, 13. August. Die Hierherkunft Benedetti's ist nicht ohne gute Wirkung für das Verhältniß zwischen Frankreich und Preußen. Die Note im heutigen „Constitutionnel“ und eine überaus friedlich klingende Widerlegung einer Times-Correspondenz im „Moniteur“ von diesem Abende sind die erste Folge der mündlichen Mittheilungen des französischen Gesandten am preußischen Hofe. Der Ton, den die halbamtlische Presse in Zukunft anschlagen wird, dürfte im Entlange mit der beruhigenden Wendung stehen, welche die Unterhandlungen der beiden Mächte ohne Zweifel nehmen werden. Herr Benedetti, der noch heute Abend auf seinen Posten zurückkehrt, hat den Auftrag, Versicherungen der Freundschaft und der Friedensliebe zu geben. Wenn ich gut unterrichtet bin, hat der genannte Diplomat, welcher sich während seines ganzen Aufenthaltes, so zu sagen, kaum aus St. Cloud entfernt, dem Kaiser Aufschluß über die Sachlage in Deutschland gegeben, die Eindruck auf ihn gemacht haben. Er hat ohne Hehl erklärt, daß es Preußen eben so wenig als irgend einer anderen Regierung in Deutschland möglich wäre, auch nur einen Zoll breit deutschen Bodens an Frankreich abzutreten, ohne sofort eine Bewegung herauszubeschwören, die unter allen Umständen eine gefährliche, aber in diesem Augenblicke, wo Preußen erst am Anfang seines nationalen Werkes stehe, das es mit blutigen Opfern gegen den Willen eines großen Theiles von Deutschland durchsetzen müste, eine kaum zu überwältigende wäre. Das preußische Kabinett soll dem Kaiser der Franzosen alle Gerechtigkeit widerfahren lassen, seine Haltung, sein ganzes Benehmen nach seinem reellen Werthe anerkannt und zugestanden haben, daß es wohl erkennen, wie Napoleon III. nicht aus Raum plötzlich Umkehr mache, sondern gedrängt durch Rundgebungen, die ein Fürst niemals unbeachtet lassen kann. Leider sehe ich die preußische Regierung in weit höherem Grade genötigt, die öffentliche Meinung in Deutschland zu hören, indem Preußen dem Gesamtvoaterlande zu beweisen habe, daß es sich und seinen deutschen Bürgern so große Opfer auferlegt, nicht bloß um des eigenen Reiches willen, sondern zunächst um für Deutschland jene Machtstellung zu erringen, auf die es ein Anrecht habe und die es im Interesse der europäischen Kultur und der zweckmäßigen Einrichtung der staatlichen Gesellschaft unseres Erdtheils einnehmen müsse. (Köl. Z.)

— Die telegraphisch gemeldete Note des „Constitutionnel“ lautet wörthlich:

Seit einigen Tagen geht in der auswärtigen, wie in der französischen Presse nur das Gerude von Vorschlägen, die Preußen von Frankreich gemacht worden wären. Es gibt Journale, die Lord Stanleys voraus sind und genau wissen, was für Mittheilungen zwischen den Kabinetten von Paris und Berlin ausgetauscht werden. Andere Journale sind noch weiter vorgeläufig, denn sie behaupten, daß die Vorschläge Frankreichs von Preußen zurückgewiesen worden sind. Es sind dies grundlose Unterstellungen, und man darf die öffentliche Meinung über so wichtige Dinge nicht auf Irrwege gelenken lassen. Es ist allerdings nicht gerade unmöglich (sans doute il peut se faire), daß Frankreich ein Recht auf Kompensationen hätte, aber wenn man an ein bereits aufgestelltes und zurückgewiesenes Programm glaubt, so verkennt man den gewöhnlichen Charakter des diplomatischen Verfahrens und trägt den sehr freundlichen Besichtigungen zwischen den beiden Mächten keine Rechnung. Außerdem vergibt man, daß das eigentliche Interesse nicht in irgend einem unbedeutenden Gebietsschwund, sondern in der Güte besteht, die man Deutschland leistet, damit dieses sich in seiner eigenen und Europa's günstigsten Weise konstituiere.“

Italien.

— Aus Rom melden die „Debats“ unter dem 8. August, daß die römische Bevölkerung mit großem Ungefüge ihre Befreiung von der päpstlichen Herrschaft verlangt. Es sei Zeit, daß man diesen Wünschen Genugthuung leiste, denn es sei immer gefährlich, wenn ein Volk sich selbst Gerechtigkeit verschaffe, was sich nach der vollständigen Ausführung des Vertrages vom 15. September leicht ereignen könnte. Bis dahin sei Seitens der Römer nichts zu fürchten. Dieselben erwarteten aber mit Ungeduld den 11. December, an welchem Tage der Vertrag verfallen sei. Der Korrespondent der „Debats“ erwähnt noch der Gerüchte, denen zufolge Mitte December ein oder zwei französische Regimenter Rom verlassen sollen. Dieselben würden durch die in Antibes gebildete römische Legion ersezt werden. Sie soll die Provinz Viterbo besetzen, welche man nicht 24 Stunden sich selbst überlassen könne. An den Rücktritt des Kardinals Antonelli im jetzigen ersten Augenblicke glaubt der Korrespondent der „Debats“ nicht. Wahr sei, daß Antonelli wirklich ernstlich frank sei.

Rußland und Polen.

Petersburg, 15. August. Die Existenz einer polnischen Agentur zur Importirung falscher Kreditbills ist entdeckt worden. Die officielle „Nordpost“ meldet: Die Untersuchung wegen des Attentats auf den Kaiser ist nun beendet, mehrere gefangene Mitschuldige haben Ge-

ständnisse abgelegt, nach welchen der Verüber des Attentats zweien in Moskau bestehenden socialistisch-revolutionären Gesellschaften angehört haben soll, welche die Ermordung des Kaisers und eine vollständige revolutionäre Bewegung sich zum Ziele gesetzt hätten. (B. B. Z.)

Narwa, 9. August. Das von hier zwölf Werst entfernte Seebad Merentul ist in diesem Sommer stark besucht und Familien aus der höchsten Aristokratie haben dort Aufenthalt genommen. Am 3. d. M. wurde daselbst ein Dilettantenkonzert zum Besten verwundeter Preußen veranstaltet, bei dem meist Personen aus den höchsten Kreisen wirkten und das einen reichen Ertrag lieferte, da einzelne Billets nicht unter drei Rubel abgesetzt wurden.

Auch in heisiger Stadt haben Sammlungen zu gleichem Zwecke stattgefunden und die ansehnlichen Beiträge zeugen von der Theilnahme, die man hier allgemein für Preußen hegt.

Die Umwandlung des hiesigen russischen Progymnasiums von 4 Klassen in ein wirkliches Gymnasium von 8 Klassen ist bis jetzt nicht genehmigt, obgleich die Stadt bedeutende Offerten für diesen Zweck gemacht hat; denn die Regierung will dem Antrage, daß die Schulanstalt eine specifisch deutsche sein soll, nicht willfahren, die Stadt aber die offenen Zusätze nur für diesen Fall hergeben.

Das Projekt, die Verwaltung des Kirchen- und Schulwesens in den baltischen Provinzen ganz nach russischem Muster zu regeln und weiter die gänzliche Verschmelzung derselber mit der Centralverwaltung zu Petersburg zu bewirken, ist aufgegeben worden, weil die diesseitigen Annahmen von denen jenseits der Narwa doch zu sehr verschieden sind und das Deutchtum in unseren Provinzen eine zu große Zähligkeit besitzt, um sich so wichtiger Rechte so leicht hin zu begeben. Außerdem hat die Opposition gerade in dieser Richtung einen Rückhalt am Kaiser, der, wenn er sie auch nicht geradezu unterstützt, doch auch derselben nicht entgegen ist.

Die begonnene Ernte verspricht im Allgemeinen einen mehr als mittelmäßigen Ertrag; der Probefrucht an Roggen lieferte 4—6 Korn.

Vom Landtage.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 15. August.

Heute Vormittag hat die Wahl der beiden besonderen Kommissionen von je 21 Mitgliedern zur Vorberatung eines Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes und des Gesamtvertrages, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marine-Verwaltung in den Abtheilungen stattgefunden und ist ihre Konstituierung sofort erfolgt, und zwar in folgender Weise:

1. In die Kommission für das Wahlgesetz sind gewählt die Abg. Simson (Vorsitzender), Dr. Löwe-Calbe (Stellv.), Dr. Hammacher (Schriftführer), Pauli (Stellv.), Tweten, Seras (Gladbach), Lette, Reise, Thommen, Dr. John (Fabian), Frech, Reichenberger, Bode, Spankeren, Richter, Hinrichs, Dr. Baur, Groote, v. Carlow, Dr. Salata v. d. Hofe, Schwarz. Zum Referenten der Kommission ist ernannt der Abg. Tweten, zum Korreferenten der Abg. Lette. — Es ist wohl kein Zufall, daß die beiden Präsidenten der deutschen National-Versammlung, Simson und Löwe, zu Vorsitzenden dieser Kommission gewählt worden sind.

II. In die Kommission für die Kredit-Vorlage sind gewählt die Abg. Stavenhagen (Vorsitzender), v. Baerst (Stellv.), Cornelius (Schriftführer), v. Flottwell (Stellv.), v. Hoverbeck, Runge, Küker, Hagen, Plehn, Rumpff, Dr. Joh. Jakob, Noepell, v. Brand, v. Waldbow-Steigenschein, v. Lingenthal, Dr. Michelis (Allenstein), Dr. Ebert, Hübner, Dr. Birchow, Hoppe und Winkelmann.

Der Vorsitzende der Adresskommission, Präsident v. Forckenbeck, hat zum Referenten über die vorliegenden vier Adressentwürfe nebst Amendements den Abg. Birchow, abg. Graf Belbuk-Hu zum Korreferenten ernannt.

Die Zahl der vorliegenden Entwürfe und die Thatsache, daß sich nicht nur die Fraktionen gegenüberstehen, sondern daß auch keine der beiden großen liberalen Fraktionen in sich selbst zu einer vollen Verständigung über einen Entwurf gelangen konnte, lassen ein Urtheil über die endliche Entscheidung des Hauses heute um so weniger zu, da wir bis jetzt die Vereinigung der Fortschrittspartei und des linken Centrums mit den Polen als die einzige Chance für das Zustandekommen einer Majorität im Abgeordnetenhaus kennen und eine Verständigung dieser drei Faktoren in allen ihren Theilen erst noch gesucht werden müssen. Von den Polen ist anzunehmen, daß sie ein Amendement einbringen werden, in welchem sie auf Grund des siegreichen Krieges für die deutsche Einheit Ansprüche für ihre Nationalität erheben und daß sie sich dem Entwurf derjenigen Fraktion anschließen, die sich für das Amendement gewinnen läßt. Dem Referenten, Abg. Birchow, fällt also die schwere Aufgabe zu, eventuell einen neuen Entwurf zu redigieren, dem ein besseres Schicksal im Hause bevorsteht, als es jedem einzelnen der vier vorliegenden Adressentwürfe vorzuerstehen, als es man darf annehmen, daß eine solche Vorlage bereits morgen in der ersten Sitzung der Adresskommission erfolgen wird.

An Stelle des nach seiner Wahl zum Präsidenten ausschiedenen Abg. v. Forckenbeck ist gestern Abend der Abg. Dr. Bender in den Vorsitz der Fortschrittspartei gewählt.

Die Justizkommission des Herrenhauses hat ihren Bericht über die Verordnung vom 2. Juli, betreffend die Einstellung des Civilprozeßverfahrens gegen Militärpersonen, bereits zum Druck befördert. Referent ist Dr. v. Bander. Die Kommission empfiehlt dem Herrenhause einstimmig der Verordnung unverändert die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen, obwohl ihr kleine Änderungen in der Fassung der Paragraphen 2 und 4 erwünscht gewesen wären. Aber da der Sinn der Bestimmung nicht zweifelhaft ist und dieselbe mit dem bald zu erwartenden Frieden außer Kraft tritt, so nahm sie von Veränderungen der Fassung Abstand.

In den Motiven zum Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung des Stammtapitals der Preußischen Bank wird gesagt:

„Sobald die Staatsregierung an der Überzeugung auch jetzt noch festhält, daß die Errichtung von Filialen der Preußischen Bank an geeigneten deutschen Handelsplätzen außerhalb Preußens im Interesse des Landes liegt, so verkennt sie doch nicht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt, in welchem die territorialen Verhältnisse Deutschlands einer neuen Ordnung entgegenreisen und in den Beziehungen der übrigen deutschen Staaten zu Preußen, voraussichtlich erhebliche Änderungen eintreten werden, für den Erlass eines Gesetzes über die Ausdehnung der Bankgeschäfte auf außerpriußische Plätze nicht geeignet ist.“

Aenders verhält es sich mit der beabsichtigten Erhöhung des Einschufkapitals der Bankantheil-Eigner um 5 Millionen Thaler.

Gegen die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel ist bei der Berathung des oben erwähnten Gesetzeswurfs in der Kommission des Hauses der Abgeordneten in der letzten Session ein Zweifel nicht erhoben worden. Es darf auch jetzt allseitiges Einverständnis darüber vorausgesetzt werden, daß eine Stärkung und Kräftigung der Landesbank durch Vermehrung ihrer Betriebsmittel den allgemeinen Interessen nur förderlich sein kann, zumal diese Vermehrung mit Rücksicht auf den außerordentlichen Aufschwung, welchen die Geschäfte der Bank in den letzten Jahren genommen haben, dringend wünschenswerth erscheint, selbst wenn die Thätigkeit derselben auf die Grenzen des engeren preußischen Vaterlandes beschränkt bleibt.“

Die Modalitäten, unter welchen die Erhöhung des Einschufkapitals der Bankantheil-Eigner erfolgen soll, beruhen auf einer Vereinbarung mit den Vertretern der letzteren, wodurch im §. 11 der Banfordnung vorgeführte andere zeitige Regulirung des Theilnahme-Verhältnisses des Staates und der Bankantheil-Eigner am Gewinn der Bank vermieden wird, ohne den beiderseitigen Interessen nahe zu treten. Sie entsprechen im Wesentlichen den gleichartigen Bestimmungen im §. 6 des Gesetzes vom 7. Mai 1856.

Als neu tritt hinzu die im §. 1. Nr. 1 in Aussicht genommene Abänderung der Bestimmungen der Banfordnung über die Höhe des Reservefonds. Während der letztere nach §. 18 der Banfordnung bis zu 50 Prozent des gesamten Einschufkapitals des Staates und der Bankantheil-Eigner anwachsen sollte, befränkt der vorliegende Gesetzeswurf die Höhe desselben

auf 30 p.C. des von Privatpersonen eingeschossenen Kapitals, also bei der künftigen Höhe des letzteren von 20 Millionen auf 6 Millionen Thaler.

Diese von den Bankantheil-Eignern gewünschte Befränkung erscheint nicht bedenklisch, da der Reservefond schon bei seiner jetzigen Höhe von etwa 4 Millionen Thatern völlig ausreicht, um die geringen Verluste zu übertragen, welche daraus möglicherweise zu befreien sein würden.“

Der dem Hause der Abgeordneten vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erteilung der Indemnität in Bezug auf die Führung des Staatshaushalts vom Jahre 1862 ab und die Ermächtigung zu den Staatsausgaben für das Jahr 1866, hat folgenden Wortlaut:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Art. 1. Der Staatsregierung wird in Bezug auf die seit dem Beginn des Jahres 1862 ohne gesetzlich festgestellten Staatshaushaltsetat geführte Verwaltung, vorbehaltlich der Beschaffung des Landtages über die Entlastung der Staatsregierung nach Vorlegung der Jahresrechnungen, Indemnität ertheilt.

Art. 2. Die Staatsregierung wird für das Jahr 1866 zu den Ausgaben der laufenden Verwaltung bis zur Höhe von Einhundertvierundfünfzig Millionen Thatern ermächtigt.

Urkundlich xc.

— Für den gestern von dem Finanzminister eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Erteilung der Indemnität für die budgetlose Periode und ferner für die Erteilung eines Kredits von 154,000,000 Thlr. für das laufende Jahr, sind in der Budgetkommission zu Referenten und Korreferenten ernannt: für den Art. 1 der Vorlage die Abg. Tweten und Graf v. Kleist, für den Art. 2 die Abg. v. Hoverbeck und v. Kölle.

— In den Fachkommissionen hat bis heute noch keine Sitzung stattgefunden.

— Die Motive zu der Verordnung über Aufhebung der Wucher gesetze, welche dem Herrenhause vorgelegt ist, lauten:

Nachdem die gesetzliche Befränkung des vertragsmäßigen Binsfazess für Darlehen, welche Kaufleute aufnehmen, durch die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches fortgefallen ist, sind die dem Kaufmannsstand nicht angehörigen Gewerbetreibenden infofern in Nachtheil gerathen, als sie auf dem Geldmarkte mit den Kaufleuten nicht zu konkurrieren vermögen, sobald derselbst der Binsfaz das nach den allgemeinen Gesetzen zulässige höchste Maß übersteigt. Diesen unverkennbaren Uebelstand durch Aufhebung der gesetzlichen Binsbeschränkungen auch für Nichtkaufleute im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu beseitigen, hatte die Staatsregierung bereits vor dem Eintritt der letzten Geldkrise in Aussicht genommen.

Als nun im Frühjahr d. J. eine ungewöhnlich ungünstige Gestaltung des Geldmarktes sich sehr fühlbar mache, war nach früheren Erfahrungen nicht zu bezweifeln, daß die mit Wahrscheinlichkeit zu gewährende noch weitere Steigerung der Geldklemme für den kreditfuchenden Theil der nicht zu den Kaufleuten gehörigen Gewerbetreibenden, insbesondere der Landwirth, die drückendsten Folgen herbeiführen werde. Diese Befrönis war um so weniger zurückzuweisen, als auf der einen Seite die Neigung der Privatkapi talien vom Geldmarkte sich zurückzuziehen, gerade damals in stärkerem Maße als in den früheren Jahren hervortrat, und auf der andern Seite die Gütselbester wegen der letzten ungünstigen Ernten und der niedrigen Getreidepreise kreditbedürftiger waren, als je.

Es war deshalb nach der Überzeugung der Staatsregierung für eine große und gewichtige Klasse der Staatsangehörigen ein ungewöhnlicher Notstand vorhanden, dessen Befrönis so dringend erschien, daß die Staatsregierung auf Grund des Art. 63 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 sich verpflichtet und befugt erachtete, den Erlass einer Allerhöchsten Verordnung zu erwirken, da das Beitreten des ordentlichen Weges der Gesetzgebung für die Erreichung des Zweckes zu spät gekommen sein würde.

Durch die Verordnung sind die bestehenden Beschränkungen des vertragsmäßigen Binsfazess und der Höhe der an die Stelle der Binsen treten den Konventionalstrafen für alle Darlehen aufgehoben worden, zu deren Sicherheit nicht unbewegliches Eigentum verpfändet wird. Insoweit wird also die den Kaufleuten schon beiwohnende Befrönis, den Preis, welchen sie für das Lehen von Kapitalien bezahlen wollen, ungehindert durch das Gesetz frei zu normiren, auch den übrigen Staatsangehörigen beigelegt, damit diese die Mitbewerbung um Kreditgewährung nicht fernern erachtet und folgeweise verliert in Betreff der erwähnten Darlehen die Bestimmung des §. 263 des Strafgesetzbuches ihre Bedeutung. Um aber gleichzeitig zu verhindern, daß die augenblickliche Not eines Schuldners dazu missbraucht werde, ihn auf lange Zeit hinaus zur Zahlung hoher Binsen zu verpflichten, soll dem Schuldner jederzeit gestattet sein, Darlehen, deren Binsfaz oder Konventionalstrafe sechs Prozent übersteigt, zu kündigen und nach dreimonatlicher Frist zurückzuzahlen, und ihn eine dem zuwiderlaufende Abrede daran nicht hindern. Der Schuldner kann sich mithin von der schweren Binslast befreien, sobald es ihm gelingt, ein billigeres Kapital zu erhalten. — Auf Kaufleute findet die Vorschrift wegen der Kündigungsbefugnis selbstredend keine Anwendung, weil sich der §. 1. der Verordnung, der von bestehenden Binsbeschränkungen handelt, überhaupt auf dieselben nicht bezieht.

Von einigen Seiten hat man zwar die Fortdauer der Schranken des Binsfazess auch für solche Darlehen, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigentum verpfändet wird, ein unerträgliches Hemmnis des Geldverkehrs erklärt, welches den Grundbesitzer durch Ableitung der Hypothekenkapitalien in andere Kanäle zum Schaden gereichen werde. Von anderen Seiten werden aber an den Wegfall dieser Schranken große Befürchtungen wegen eines nachhaltigen Steigens der Hypothekenzinzen und der damit verbundenen Entwertung des Kreditgeschäfts geknüpft. Die Staatsregierung hat deshalb geglaubt, die zu erlassenden Vorschriften auf das dringendste praktische Bedürfnis befränkt und weitere

verbrauchte schmutzige Wasser gegossen, das selten frei ist von schlammigen, verstopfenden Bestandtheilen. Dieser Verstopfung möglichst entgegen zu treten, befindet sich in dem Abguß zwar ein zweifaches Sieb, das die festen Bestandtheile zurückhält; doch dieses Sieb muß häufig gereinigt werden, was, da man es herausnehmen kann, gar nicht schwierig ist. Wird diese Reinigung unterlassen, so verstopfen sich die kleinen Löcher des Gitters und sind dann nicht im Stande, so viel Wasser durchzulassen, als aus der Abflußröhre, wenn der Hahn ausgerieben offen bleibt, hinzuströmt; der Abguß muß sich füllen und die eben angedeutete Überschwemmung tritt ein, wie es denn in einem biechten Hause auch wirklich der Fall gewesen ist. Aber auch eine Verstopfung der Abflußröhre selbst ist trotz des doppelten Gitters gar nicht so unwahrscheinlich, wenn sich in dem ausgegossenen Wasser viele dicke Bestandtheile befinden. Am gefährlichsten in dieser Hinsicht ist Kassegrund, der zwar leicht durch das Sieb geholt wird, dann aber in der Biegung des Abflußrohres sitzen bleibt und eine Verstopfung des Rohres herbeiführt, ehe man es ahnt. Wir können daher unseren Müttern in der Benutzung des Ausgusses, der den Haushalten entschieden die meiste Bequemlichkeit verschafft, nur die größte Vorsicht empfehlen. Es sollte stets darauf geachtet werden, daß das abzugebende Wasser, wie es auch die Verwaltung der Wasserleitung verlangt, jedesmal von festen Theilen befreit werde.

[Druckfehlerberichtigung.] In dem Korrespondenz-Artikel in Nr. 187. aus Pudewitz, die Kirchhofangelegenheit in Stenzenow betreffend, ist statt: „ein Bauer katholischer Konfession habe das Gut künftlich an sich gebracht“, zu lesen: „ein Edelmann katholischer rc. rc.“

w. Borek, 14. August. Obgleich wir uns in unserem Orte und in der Umgegend noch das besten Gesundheitszustandes erfreuen, hat unsere Polizeibehörde doch die nötigen Vorbereitungen zur Abwendung des asiatischen Gastes getroffen. In allen Straßen sind Sanitätskommissionen ernannt, welche mit Präservativmitteln für den Fall, daß, was Gott verbüten möge, Symptome sich zeigen sollten, vorbereitet wurden. Es verdient hierbei allgemeine Beachtung, daß der Grundherr unserer Stadt, Herr Baron v. Gräve, alles Mögliche darauf verwendet, um die besten und geeigneten Mittel im größten Maßstabe anzuschaffen und solche der Polizeibehörde unserer Stadt und Umgegend unentgeltlich zu verabfolgen. So läßt dersebe auch einen von berühmten Aerzten empfohlenen Ausguß von gut gereinigtem, 80grädigem Spiritus auf verschiedene Kräuter machen, welcher wiederum entsprechend mit Opiumtropfen gemischt wird; ein Mittel, welches erprobt hat sofort die Diarrhoe anhält und Schweiß hervorbringt.

Dieser Tage erbängte sich in unserem Nachbarstädtchen Jaraczewo ein gewisser Snow auf dem Boden seiner Wohnung. Als die That entdeckt wurde und eine große Menschenmenge aus Neugier an Ort und Stelle sich versammelte, fuhr unzählig auch die Rittergutsbesitzerin Frau v. Jaraczewska auf Powazice hier vorbei. Sie stieg gleichfalls vom Wagen, beobachtete den Scheintod und stellte sofort ihren Kutschwagen zur Disposition, um den Arzt aus Borek herbeizuholen und die zur Wiederbelebung derselben nötigen Mittel anzuwenden. Herr Dr. Bondi traf noch zeitig genug ein und seinem Beimischen gelang es, den bereits ohne jedes Lebenszeichen liegenden S. schon nach kurzer Zeit wieder zur Besinnung zu bringen. Der humanen Handlungweise der Frau v. Jaraczewska glauben wir hiermit unsere Anerkennung solle zu müssen.

G Aus dem Wreschenkreise, 24. August. [Cholera; Resultat der Endte; Gewitter.] Auch in unserm Kreise ist seit etwa zwei bis drei Wochen die leider immer mehr um sich greifende Cholera aufgetreten und schon hat sich diese Seuche fast über alle Ortschaften dieses Kreises verbreitet. Buerst trat sie in dem Dorfe Eczewo auf, wo sie ent-

seglich gewithet, und wie man behauptet, fast ein Drittheil der Einwohnerschaft dahingerafft hat; noch ist sie auch dort nicht erloschen. Darauf zeigte sie sich in unserer Kreisstadt, wo ihr bis zum heutigen Tage 68 Personen erlegen sind. Aber nicht immer haben die Choleraerkrankungen tödlichen Ausgang, und dem Schreiber dieses sind aus hiesiger Gegend viele Fälle bekannt, wo die Genesung bald erfolgte, wenn bei rechtzeitiger Beobachtung der ersten Symptome gleich die nötigen Vorsichtsmassregeln, besonders eine starke Erwärmung angewendet wurden. Hauptfächlich sind von der Cholera auf den Dörfern unseres Kreises und in der Stadt Wreschen selbst die ärmeren Klassen, die sich nicht pflegen können, und meist auch aus Unwissenheit sehr unvorsichtig im Obstfeldern sind und sich Erkrankungen zusieben, besfallen worden. Zu dieser großen Kalamität tritt in unserm Kreise noch eine zweite, nämlich der Mangel an Aerzten. Bisher wohnten in Wreschen 4 Aerzte; zwei davon wurden zum Militärdienst einberufen und von den beiden zurückbleibenden ist einer schon seit längerer Zeit durchs Podagra selbst ans Bett gefesselt, und der andere, ein schon gealterter Mann, kann unmöglich allen Anforderungen um ärztliche Hilfe genügen. Damit nun die Cholera nicht noch größere Dimensionen bei uns annehme, wäre es dringend nötig, daß sich entweder ein Arzt in Wreschen niederließe, oder wenigstens auf einige Zeit von der Regierung zur Hilfe für die Stadt Wreschen und Umgegend hierher gesucht würde.

Das jetzt bekannte Resultat der diesjährigen Ernte ist für unsern Kreis ein sehr befriedigendes gewesen. Roggen und Weizen sind kräftig im Stroh und haben einen reichlichen Körnerertrag geliefert; ebenso sehr befriedigen Erbsen, Gerste und die anderen Feldfrüchte. Nur war das Wetter während der Erntezzeit wenig günstig und häufige Regengüsse erschweren sehr das Einbringen des Getriebes.

Vorgestern hatten wir, trotz der lang anhaltenden feuchten und kühlen Witterung ein ziemlich heftiges Gewitter, das, von Westen nach Osten gehend, sich rasch entlud.

X Gnesen, 14. August. [Ankunft des Erzbischofs.] Der Erzbischof Graf Ledochowski ist statt um 3 Uhr Nachmittags, wie ursprünglich bestimmt war, schon um 1 Uhr Nachmittags in Gnezen eingetroffen. Er fuhr, ohne vorher vor seinem Palais abzusteigen, direkt vor das linke Portal der Domkirche, begab sich in dieselbe, kniete vor dem in der Mitte des Doms aufgestellten St. Adalbert Altar nieder und betete. Von der Geistlichkeit waren zu dieser Zeit nur einige Vikare zugegen, welche die Herren Domherren von der Anwesenheit des Herrn Erzbischofs benachrichtigten ließen, die auch alsbald erschienen und sich dem Herrn Erzbischof in der Domkirche vorstellten. Letzterer erwiderte ihren Gruß und unterhielt sich mit ihnen kurze Zeit sehr freundlich, stieg dann wieder in seinen Wagen und fuhr nach seinem Palais. Selbstverständlich ist der Herr Erzbischof vor der Stadt, bezüglich gleich bei seinem Eintreffen in dieselbe, auch nicht einmal von der Domgeistlichkeit empfangen worden, weil auf sein früheres Eintreffen Niemand vorbereitet war und es den ganzen Tag hindurch stark regnete. Um 2½ Uhr verkündete das Glockengeläute in allen katholischen Kirchen die Anwesenheit des Kirchenfürsten. Um 3 Uhr, zu welcher Zeit die aus Anlaß des morgenden Maria-Himmelfahrtfestes angeordnete Vesper-Andacht beginnen sollte, stellte sich die Domgeistlichkeit, die Domherren an ihrer Spitze, mit dem Baldachin, im Dome vor dem rechten Portal auf, um den Herrn Erzbischof feierlich zu empfangen. Der Kutscher kannte aber die Etiquette nicht und fuhr nach dem linken Portal der Domkirche, und als ihn der Herr Erzbischof aufforderte, vor das rechte Portal vorzufahren, befand sich der Wagen schon in einer solchen Stellung, daß ein Umliegen unmöglich war und der Kutscher wirklich vor dem linken Portal vorfahren mußte. Dieses Versehen veranlaßte Störungen. Doch begab sich die Domgeistlichkeit, als

sie dies gewahrt, nach dem linken Portal, und empfing ihn dort. Der bisherige erzbischöfliche Administrator, Prälat Dr. Bieniewicz, bewilligte den Herrn Erzbischof in einer kurzen, gebiegenen Ansprache, die Graf Ledochowski durch eine längere Rede erwiederte. Sodann führte man den Grafen Ledochowski unter Prozession vor den Hochaltar, wo er die Benediction ertheilte. Demnächst begann die Vesper-Andacht, welcher der Herr Erzbischof beiwohnte. Die Beteiligung des Publikums war gering. Sie würde unbedingt größer gewesen sein, wenn es nicht so stark geregnet hätte. Der Empfang war jedenfalls nicht so feierlich, wie früher bei ähnlichen Ereignissen. Die Ursache hierzu liegt unbedingt theilweise darin, daß Graf Ledochowski, wie in gut unterrichteten Kreisen behauptet wird, sich alle Empfangsfeierlichkeiten verbietet. Um 5½ Uhr stellten sich dem Herrn Erzbischof in seinem Palais der Magistrat, der Bürgermeister Machatus, der Spitz, die Stadtverordneten, Versammlung, der Kreisgerichts-Direktor, der Staatsanwalt und andere Honoratioren vor.

Angekommene Fremde.

Vom 16. August.

HOTEL DU NORD. Gutsbesitzer Friske aus Rosenfeld, Probst Friske aus Bippnom, Kaufmann Schmidt aus Schwerin a. W., Lieutenant v. Elspson aus Bostowice.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute J. Löwe aus Rogasen, Grinner aus Banzlau, Bernstein, H. Löwe und Fabrikant Stein aus Berlin, Eigentümer Trapeznitski aus Grzybowo.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Sulikowski nebst Frau aus Biernat, v. Rejewski aus Sobietzno und Luther aus Lopuchowo, die Gutsbesitzer v. Barzewski aus Babno, v. Sniegocki aus Tarnowow und Junius aus Dobczyn.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute de la Croix aus Berlin, Bebbend aus Magdeburg, Timme aus Breslau und Schmall aus Leipzig, Fabrikant Mörbitz aus Bautzen, Frau v. Sommer aus Bremen, Gutsbesitzer Wollmann aus Klein-Gutow, Lieutenant Begas aus Brünn.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Lütgen aus Königsberg, Engel aus Nangardt, Buchholz aus Stettin, Braun aus Leipzig und Reichardt aus Limbach, die Gutsbesitzer v. Sänger nebst Familie aus Polajewo und Sasse aus Neudorf, Frau Sanitätsrätin Dr. Belasco aus Lowanow, Inspektor Mittelstädt aus Dötsch.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Morawski aus Kalisch, v. Sielewicz aus Kożanowo, v. Bronislawski aus Gnezen und v. Dziembowski aus Bawory, die Kaufleute Klein aus Köln, Haage nebst Tochter aus Landsberg, Baltus aus Leipzig und Scipio aus Stettin.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Wolff aus Glogau, Ollendorf aus Naujic, Gebr. Silberstein und Gebr. Friedmann aus Santomysl, die Gutsbesitzer v. Pagowski aus Glusow und Klug aus Rabowice, die Lieutenant Rudolph aus Koszenu und Maak aus Mlynlowo, die Rentierin Frau Krechow aus Selska und Frau Krzeszowska nebst Tochter aus Kalisch, Rittergutsbesitzer v. Falkowski aus Sachadowo, Mühlensbesitzer Schmalz aus Landsberg a. W., Oberförster Dreger aus Weinberg, Baumeister Wilde aus Schrimm.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Łaciński aus Konin und Skrzyllewski aus Dzierzno, Vermwalter Dembinski aus Wierczenia.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Jasinski aus Witalowice, Kaufmann Mendel aus Schröda, Gutsverwalter Gruszczyński aus Berniki, Agronom Sniegocki aus Krerowo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des königlichen Provinzial-Steuер-Direktors zu Posen wird das unterzeichnete Hauptamt und zwar im Amtslokale der Steuer-Rezertur zu Kostrzyn

am 26. September c.

von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr

Nachmittags

die Chausseegel-Obstestelle zu Sanniki zwischen Kostrzyn und Gnezen, an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höhern Bidschlages vom 1. Februar künftigen Jahres zur Vacht aufzustellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 150 Thalerhaar oder in annehmbaren Staatsspielen bei der Steuer-Rezertur zu Kostrzyn zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen werden. Die Bachtbedingungen können sowohl bei uns, wie auch bei der Steuer-Rezertur zu Kostrzyn von heute ab während der Dienststunden eingehalten werden.

Pogorzlice, den 11. August 1866.

Königliches Haupt-Zollamt.

Bekanntmachung.

Die Asphaltierung von pp. 1356 Fußboden in biesigen Kasernen und die Anfertigung eines massiven Kanals im hinteren Hofe des Landwehr-Baughauses sollen Montag, den 20. d. M. Vormittags 10 Uhr in Submission verdonnen werden.

Dualifizierte Unternehmer wollen ihre Offerten versteigert und gebürgt bezeichnet im Bureau der Verwaltung, Wallstraße Nr. 1, abgeben, woselbst auch die vorher einzubehenden Bedingungen ausliegen.

Nachgebote werden nicht angenommen.

Posen, den 16. August 1866.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Zu dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns und Bäckermeisters Rudolph Weißner zu Posen hat der Schneidermeister Jacob Moses zu Posen nachträglich eine Forderung von 48 Thlr. 15 Sgr. angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den 25. August d. J.

Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminuszimmer Nr. 13, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Posen, den 7. August 1866.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Gebbler.

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Karl John, Inhaber der Handlung H. A. Fischer zu Posen, der Gemeinduldner die Schließung eines Afords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Konkursgläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf den 23. August d. J.

Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminuszimmer Nr. 13, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Posen, den 7. August 1866.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Gebbler.

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Karl John, Inhaber der Handlung H. A. Fischer zu Posen, der Gemeinduldner die Schließung eines Afords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Konkursgläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf den 23. August d. J.

Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminuszimmer Nr. 13, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Posen, den 7. August 1866.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Gebbler.

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Karl John, Inhaber der Handlung H. A. Fischer zu Posen, der Gemeinduldner die Schließung eines Afords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Konkursgläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf den 23. August d. J.

Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminuszimmer Nr. 13, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Posen, den 7. August 1866.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Gebbler.

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Karl John, Inhaber der Handlung H. A. Fischer zu Posen, der Gemeinduldner die Schließung eines Afords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Konkursgläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf den 23. August d. J.

Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminuszimmer Nr. 13, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Posen, den 7. August 1866.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Gebbler.

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Karl John, Inhaber der Handlung H. A. Fischer zu Posen, der Gemeinduldner die Schließung eines Afords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Konkursgläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf den 23. August d. J.

Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminuszimmer Nr. 13, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Posen, den 7. August 1866.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Gebbler.

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Karl John, Inhaber der Handlung H. A. Fischer zu Posen, der Gemeinduldner die Schließung eines Afords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Konkursgläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf den 23. August d. J.

Vormittags 9 Uhr

Dachpappen eigener Fabrik von anerkannter Dauerhaftigkeit, **englischen Steinkohlen-Theer** und **Asphalt** empfiehlt und übernimmt **vollständige Pappebedachungen**

A. Krzyżanowski.

Auf dem Dom. Boguslawki bei Santonysl stehen zwei junge fette Ochsen und zwei fette Kühe zum Verkauf.

Frischen Stoppelrübenkraut empfiehlt Moritz Briske's Wwe. Krämerstraße.

Französische Mühlensteine in grösster Auswahl, aus einer der renommiertesten Fabriken, sowie beste seidne Müller-Gaze **A. Krzyżanowski.**

Nachod.

Seit vielen Jahren war unterzeichnete Handlung im Besitz des Rezepts zur Herstellung eines bitteren Liqueurs, welcher durch seine vorzüglichen Wirkungen auf den inneren Organismus nach grossen Anstrengungen und Ermüdungen, sowie bei Magenschwäche oder Unregelmäßigkeiten der Verdauungswerkzeuge (Diarrhoe etc.) bisher als wichtiges Fabrikgeheimniß bewahrt wurde.

Die mannigfachen Mühsale unserer ritterlichen Armeen bewogen uns jedoch, dieses Fabrikat einmal im Großen anzufertigen und den hohen Heerführern zur Disposition zu stellen.

Wir haben die Genugthuung, hierdurch anzeigen zu können, daß diese Widmung sofort angenommen und speziell von **Sr. Königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Preußen** bestimmt wurde, daß diesem Erfrischungsmittel der Name des

ersten glorreichen Gefechts unter Höchstseinem Kommando

,,Nachod“

beigelegt werde.

Dennach stellen wir diesen Liqueur von heute ab in Originalflaschen à 12^{1/2} Sgr., die mit unserem Etiquet und Stempel versehen sind, zum Verkauf, und erlauben wir uns auch, im Hinblick auf die neuerdings mehrfach vorgelommenen

Cholera-Erkrankungen,

denselben seiner, dieser Krankheit entgegengämpfenden Wirkung wegen dringend zu empfehlen.

Breslau, im Juli 1866.

Seidel & Comp., Ring 27.

Gut empfohlenen Firmen, welche Niederlagen zu übernehmen geneigt sind, wird lohnender Rabatt zugesichert.

Luccaer Olivenöl

(Speiseöl)

von selten schöner Qualität empfiehlt in frischer direkter Busendung **F. Fromm,** Sapienhofstr. 7.

Frisches Harzer und gewöhnliches Vogelfutter in bester Qualität empfiehlt **Moritz Briske's Wwe.** Krämerstraße.

Die Fruchtsaft-Fabrik von **G. F. Hamann** früher **W. Karwath** in Hermsdorf u. Kynast i. Schlesien empfiehlt ihr Lager von frischem Himbeer-, Johannisbeer- und Erdbeersirup unter Zusicherung reellster und schnellster Ausführung jedes Auftrages.

C. 100 bis 120 Gr. deutschen Schweizer Waische von bester Beschaffenheit wünscht ein Fabrikant gegen Cassa bei Abnahme grösserer Partien zu verkaufen.

Probe und Preis werden auf frankte Anfrage überhandt. Von wem? sagt die Exped. d. Sta. unter Nr. 10,000.

Französ. Handschuhfärberei in 13 verschiedenen Farben, vermittelt durch die Strohbuttfab. **P. Hahn**, St. Martin 78.

Eine Hypothekenforderung von 10,000 Thlr. auf einem Rittergute der Provinz Posen zu einer Stelle intubiert, ist sofort zu veräußern. Auskunft erhält der Rechtsanwalt **Dochhorn**, St. Martin Nr. 4.

Hierdurch erlaube mir einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich das von meinem seligen Manne **Moritz Briske** geführte

Borkost-Geschäft auch ferner fortführen werde.

Mit dieser Anzeige verbinde ich zugleich die ergebene Bitte, daß denselben geschickte Vertrauen auch auf mich gütigst zu übertragen.

Moritz Briske's Wwe. Krämerstraße.

Dominikanerstr. 2. ist eine Barterewohnung von 2 Stuben und Küche zu vermieten.

Ein kleiner Laden nebst Zimmer ist zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres Bergstr. Nr. 9.

Kanonenplatz 8. ist eine möblierte Stube mit Bedienung sofort zu vermieten.

Wallstraße Nr. 11. ist der Laden nebst Keller zu vermieten.

Im Hause St. Martin-Straße Nr. 4. am Mickiewicz-Platz ist eine herrschaftliche Wohnung und eine in der dritten Etage von Michaeli d. J. zu vermieten.

Näheres beim **Dr. Matecki.**

Im Hause St. Martin Nr. 58. sind zwei Wohnungen, eine grosse und eine kleinere, vom 1. Oktober c. ab zu vermieten.

Nähere Auskunft im Komtoir, Berlinerstr. Nr. 14. (Tessius).

Kupferplatten für die Cholera sind stets vorrätig in meiner Kupferhandlung große Gerberstraße Nr. 10.

J. Kryszewicz.

Flanell-Leibbinden

(nach Professor Dr. Bock in Leipzig), vorzüglichstes Präservativmittel gegen die Cholera

bei S. H. Korach, Neuestr. 4.

Delicate neue Heringe.

Wer sich an neuen Heringen wirklich delektieren will, kaufe solche bei **F. Fromm,** Sapienhofstr. 7.

Albrechtsstraße (monatlicher Beitrag) 6 Thlr. Clara Wiebau, Johanna Geunerich und Pauline Wrenzel für verloste Gebärden 4 Thlr. Sammlung in Friedland (Mecklenburg-Strelitz, 5. Sammlung) 50 Thlr. und eine silberne Dekorationsmedaille aus Danzig durch den Herrn Pol. Amtmann 600 Thlr. Sammlung durch Frau Flora v. d. Hagen in Buchholz bei Drossen 310 Thlr. Pennigssammlung bei den Schulkindern in Holten 5 Thlr. Sammlung in der Stadt Gehren und dem umliegenden schwarzburg-sondershausenischen Waldorte 109 Thlr. Durch Vermittelung Ihrer Majestät der Königin von Preußen, vom Hrn. Grafen v. d. Goltz in Paris gesammelt (4. Sendung) 5716 Thrs. 75 Cts., und zwar: Konulf Langer in Havre 200 Thrs., Fabrikanten Plebel u. Wolff 100 Thrs., Herr Fischer 200 Thrs., durch Sammlung des Vereins 2200 Thrs., Fr. Niemeier 100 Thrs., Miecke 16 Thrs. 75 Cts., Herr Oberstleutnant v. Cobhausen 30 Thrs., Dr. Liebreich 200 Thrs., Louis Bamberger 100 Thrs., Konulf v. Heimbach in La Rochelle 10 Thrs., Herr Gürth 20 Thrs., Alfred Kuppel in Dünkirchen 50 Thrs., Fr. Schulz 50 Thrs., Steinheil 50 Thrs., Dieterten 100 Thrs., Leyden 2000 Thrs., durch den Unterstützungsverein "Germania" in Montpellier: Herr Fr. Köhler 25 Thrs., Ed. Winter 15 Thrs., H. Rusch 20 Thrs., A. Köhler 15 Thrs., E. Reble 20 Thrs., 6. ter Meer 15 Thrs., Ducay 10 Thrs., Fr. Elich 10 Thrs., Eisenberg 20 Thrs., Greiseler 10 Thrs., Andres 10 Thrs., H. Hoffmann 10 Thrs., G. Mory 10 Thrs., J. G. Voort 10 Fr., v. Kriegel 10 Thrs., Konulf Lenhardt in Montpellier 40 Thrs. Von Mitgliedern der Universität Göttingen durch Professor Curtius 100 Thlr. Ver. Sch. Holst. Fr. in Hagen bei Kiel 400 Thlr. Fabrikbesitzer Volborn, Leobensufer 1—3, 10 Thlr. Landratsamtsverwalter v. Pommer-Eiche in Moers 16 Thlr. Komité zu Erleben 250 Thlr. Parochialverein in Jucha 3 Thlr. 23 Sgr. Superintendent Quandt zu Pervanzig 2 Thlr. Ertrag einer Lotterie in Potsdam durch die Geschwister Sophie, Marie und Hedwig 38^{1/2} Thlr. Hülfssverein in Grabow in Mecklenburg 41 Thlr. 20 Sgr. Kom. in Woldeak in M. Str. 9 Thlr. Kr. Com. in Herbolz 70 Thlr. Herren Krüger und Peterfon 25 Sgr. Ertrag einer Lotterie in Meierik 28 Thlr. Bürgermeister Giecke in Horst i. L. 30 Thlr. Als Fund 1 Sgr. Kreisverein in Arnswalde 5 Thlr. Ortschaft Rörbeck 5 Thlr. 4 Sgr. Kirchspiel Beidenfleth, Amt Steinberg 60 Thlr. Die Gräfliche Schlossherrenschaft des Schlosses Altenhof in Schleswig 25 Thlr. Unbekannt durch die Expedition der Gerichtszeitung 7^{1/2} Sgr. v. Bülow-Döberitz, Reginvalde, 25 Thlr. Männerverein Friedeberg bei Rothenburg 52 Thlr. 27^{1/2} Sgr. E. Haase, Buchhändler in Ratzenow 50 Thlr. Ertrag eines Konzerts zu Rosenberg (Westpreußen) 105 Thlr. 22 Sgr. Komité des Volksvereins Lauenburg 400 Thlr. Kreisverein in Flotow 115 Thlr. Hülfssomite in Brecherfeld 50 Thlr. Bahnhofsvorstand Häufig in Neisen 3 Thlr. 5 Sgr. Pf. Sammeln im Kreise Lyk, 3 Thlr. 1^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Mühlheim 29^{1/2} Thlr. Bürgermeister Büsch, Hausmeier, 57 Thlr. 8 Sgr. Landrat Kühlwein 100 Thlr. Pastor Schmidt in Lobeck 7^{1/2} Thlr. Superintendant Behrfeld in Stolp 40 Thlr. Pastor Belling in Berlin 7^{1/2} Thlr. Lokalmitte in Belgard 200 Thlr. Fr. Ver. in Pinne 16 Thlr. Fr. Linker in Großkönig 12 Thlr. Lokalverein Wartenburg 72 Thlr. 8^{1/2} Sgr. Beitrag aus Gilgenburg durch Pfarrer Triebnig 26 Thlr. Gemeinde Bennewitz 2 Thlr. 27^{1/2} Sgr. Amtmann Busch in Lümmritz 1 Thlr. Gemeinde Marienwalde, Kreis Arnswalde, 49 Thlr. 17^{1/2} Sgr. Gemeinde Diebelbrück, Kreis Arnswalde, 8 Thlr. 13 Sgr. 8 Pf. Baldamus 1 Thlr. O. Schneider 5 Thlr. H. Hollmach 5 Thlr. v. Heynig in Prignitz 7 Thlr. Heise 5 Thlr. H. Schmidt in Büchenbeuren 10 Thlr. Konulf Kloke in Syra 81 Thlr. Herr v. Saber in Elsterwerda 12 Thlr. Das Auerbach'sche Mädchen-Wainenhaus 15 Thlr. Fr. und Unterbeamte d. f. Berg-Ins. VI. 75 Thlr. Komité des Kreisvereins in Belzig 1903 Thlr. 18 Sgr. Damen-Hülfssverein Apenrade 88 Thlr. Kreis-Steuerinnehmer Domaldt in Demmin 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr. Kreis-Komité in Ottewiler 732 Thlr. 19^{1/2} Sgr. Vofal-Verein in Brandenburg 300 Thlr. C. und G. v. G. 6 Thlr. Einige Freuden in der Schweiz 100 Thlr. Dr. Voigt, gesammelt im Kreise von Freunden 8 Thlr. 6^{1/2} Sgr. Lokalmitte in Kaldenkirchen 111 Thlr. Sammlung in Amsterdam durch Herrn Konulf Bunge von den Herren: Fritz Bunge in Amsterdam 100 Fl. Philippi 8 Fl. Baldamus 1 Thlr. 25 Thlr. Amt Rörbeck, Kreis Soest, 50 Thlr. Gemeinde Gleschendorf 18 Thlr. 7^{1/2} Sgr. Central-Verein in Schleswig 385 Thlr. Fr. Siegmayer 6 Sgr

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 16. August 1866. (Marcus & Maass.)

Not. v. 15.

Not. v. 15.

Weizen, matt.	Rüböl, rubig.
Septbr.-Oktbr.	71½ 70½
Oktbr.-Novbr.	70½ 69½
Frühjahr 1867	68½ 68½
Rogggen, still.	Spiritus, matt.
Septbr.-Oktbr.	45½ 45½
Oktbr.-Novbr.	45½ 45½
Frühjahr 1867	45½ 45½

Börse zu Posen

am 16. August 1866.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 89½ Gd., do. Rentenbriefe 89½ Gd., volmisch Banknoten 71½ Gd. Roggen p. 25 Scheffel = 2000 Pfd. pr. August 42½ Br., 1 Gd., August-Septbr. 42½ Br., 1 Gd., Septbr.-Oktbr. 42½ Br., 1 Gd., Herbst 42½ Gd., Oktbr.-Novbr. 42½ Br., 42 Gd., Novbr.-Dezbr. 42 Br. u. Gd. Spiritus (p. 100 Quart = 8000 % Tralles) mit Fas. pr. August 13½ Br. u. Gd., Septbr. 13½ Gd., Oktbr. 13½ Br., 1 Gd., Novbr. 13½ Gd., Dezbr. 13½ Gd., Januar 1867 13½ Gd.

Produkten-Börse.

Berlin, 15. August. Wind: WNW. Barometer: 28½. Thermometer: fröh 10°+. Witterung: Leicht bewölkt.

Mit dem Eintritt schönen Wetters ist Roggen an heutigem Markte auch wieder im Werthe zurückgegangen. Beinahe vollständig haben die Preise den gestrigen Aufschwung wieder eingeholt. Das Geschäft war dabei nicht sonderlich belebt, denn allseitig legt man sich große Zurückhaltung auf. Waare hielt man fest, der Umlauf bat mäßigen Umfang nicht über-

schritten.

Rüböl ist wenig im Werthe verändert, Käufer waren eher im Vortheil, doch ist sehr wenig umgegangen.

Für Spiritus gab es viel Verkäufer, welche zu erheblichem Nachlass in den Forderungen sich herbeilassen mussten, um genügende Abnehmer zu finden. Gefündigt 60,000 Quart. Rundungspreis 14½ Rt.

Weizen loko eher besser zu lassen, Termine matter.

Hafer loko und Termine schwach behauptet.

Weizen loko p. 2100 Pfd. 50—76 Rt. nach Qualität, weißbunter voln. 69 71, hochbunter do. 74 75 Rt. ab Bahn bz., p. 2000 Pfd. August 64 Rt., Septbr. do., Septbr.-Oktbr. 64½ a 64 bz., Oktbr.-Novbr. 65½ Gd., Novbr.-Dezbr. 65½ Br., Frühjahr 66 Rt.

Rogggen p. 2000 Pfd. loko 78/79 Pfd. 48½, 82/83 Pfd. 49½ Rt. ab Kahn bz., 81/82 Pfd. 49 Rt. ab Boden bz., 82/83 Pfd. 50 Rt. ab Bahn bz., neuer 49½ Rt. bz., schwimmend 81/82 Pfd. 48½ a 49½ Rt. bz., August 48½ a 48 Rt. bz., August-Septbr. 47½ a ½ bz., Septbr.-Oktbr. 47½ a ½ a 47 bz. u. Gd., ½ Br., Oktbr.-Novbr. 47 a 46½ bz. u. Gd., ½ Br., Novbr.-Dezbr. 46½ a 46 bz. u. Gd., ½ Br., Frühjahr 46 a ½ a 46 bz.

Gerste loko p. 1750 Pfd. 38—43 Rt.

Hafer loko p. 1200 Pfd. 25 a 29 Rt., schlef. 26½ a 27½, pomm. 26½ a 27½ Rt., August 25½ Rt. bz., August-Septbr. 25½ Rt. nominell, Septbr.-Oktbr. 25 bz., Oktbr.-Novbr. 25 Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 24½ Rt. nominell, Frühjahr 25½ a ½ bz.

Erbsen p. 2250 Pfd. Fleischware 50—64 Rt., Futterwaare do.

Raps p. 1800 Pfd. 80 a 90 Rt.

Rüböl Winter 78 a 86 Rt.

Rüböl loko p. 100 Pfd. ohne Fas. 12½ a ½, Rt. bz., August 12½, bz., August-Septbr. 12½ Br., Septbr.-Oktbr. 12½ bz., Oktbr.-Novbr. 12½ a ½ bz., Novbr.-Dezbr. 12½ bz., April-Mai 12½ a ½ bz.

Leinöl loko 14½ Rt.

Spiritus p. 8000 % loko ohne Fas. 14½ a ½ Rt. bz., ab Speicher 14½ Rt. bz., mit Fas. 14½ Rt. bz., August 14½ a ½ Rt. bz., Br. u. Gd., August-

Ausländische Fonds.

Destr. Metalliques 5 46 G

do. National-Anl. 5 49½ bz

do. 250fl. Präm. Br. 4 54 G

do. 100fl. Kred. Poole — 60 G

do. 5prz. Loosse (1860) 5 57½-57½ bz

do. Pr.-Sch. v. 1864 — 34½ bz u G

do. Slb.-Anl. 1864 5 56 G

do. 50, 52 conv. 4 88½ bz

do. 1853 4 88½ bz

do. 1862 4 88½ bz

Präm. St. Anl. 1855 3½ 121 bz

Staats-Schuldch. 3½ 82 bz

Kur.-Neum. Schuld. 3½ —

Oder-Deichh. Obl. 4½ —

Berl. Stadt-Obl. 4½ 95½ G. 5% 101

do. do. 3½ 80 G [bz]

Berl. Börsen-Obl. 5 —

Kur. u. Neu. Märkische 3½ 81 bz

Ostpreußische 3½ 79 G

do. 4 86½ bz

Pommersche 3½ 81½ bz

Posensche 4 —

do. 3½ —

do. neue 4 89½ bz

Schlesische 3½ —

do. Litt. A. 3½ —

Westpreußische 3½ —

do. 4 86 bz

do. neue 4 85 G

do. do. 4½ —

Kur.-Neumärk. 4 20½ bz

Pommersche 4 90½ bz

Posensche 4 89 bz

Preußische 4 90 bz

Rhein.-Westf. 4 94½ bz

Sächsische 4 —

Schlesische 4 92 G

Berl. Käfeneverein 4 142 G

Berl. Handels-Gef. 4 106½ bz

Braunschwg. Bank 4 83 G

Bremer do. 4 115 G etw bz u G

Coburger Kredit-do. 4 92 G

Danziger Priv.-Bk. 4 105 bz

Darmstädter Kred. 4 80½ G

Zettel-Bank 4 97½ G

Dessauer Kredit-B. 0 2 G

Königsb. Privatbk. 4 105 G

Röhrige Bank 4 15 Rt. bz

Geraer Bank 4 107 etw bz

Gothaer Privat do. 4 98 G

Hannoverische do. 4 85½ G

Königsb. Privatbk. 4 105 G

Leipziger Kreditb. 4 105 G

Posensche 4 105 G

Wien. Bank 4 105 G